

V0143/23

**Unterführung Hauptbahnhof Antrag der CSU-Stadtratsfraktion vom 30.03.2022 (V0291/22);
Stellungnahme der Verwaltung
(Referentin: Frau Wittmann-Brand)**

Stadtrat vom 28.03.2023

Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion V0291/22 und der Antrag der Verwaltung V0143/23 werden gemeinsam behandelt.

Stadtrat Grob bezieht sich auf den Antrag der CSU-Stadtratsfraktion, der bereits vor einem Jahr mit der Intention, die beiden Stadtteile Ringsee und Münchener Straße barrierefrei zu verbinden, gestellt wurde. Dabei sollte der Effekt berücksichtigt werden, die Züge für verschiedene Personengruppen wie z.B. Menschen mit Behinderung, Fahrradfahrer, Lastenfahrräder, Rollstuhlfahrer, Kinderwägen und Trolleys leichter begehbar und erreichbar zu machen. Ursprüngliche hatte die CSU-Stadtratsfraktion einen Tunnel angestrebt, der entweder unter oder neben dem Hauptbahnhofgebäude verlaufe. Nachdem sich aber herausgestellt hatte, dass dies baulich nicht machbar sei, habe die CSU erbeten, Maßnahmen mit Mindermaßnahmen zu planen, die möglicherweise Abhilfe schaffen könnten. Die Beschlussvorlage der Verwaltung habe nun mehrere Versionen erbracht, welche den genannten Personengruppen helfen könnte. Stadtrat Grob stellt fest, dass die vorgeschlagene Fahrradrinne entlang der Treppe zwar für Fahrradfahrer gut sei, diese allerdings nicht für Kinderwägen, Rollstuhlfahrer, Fernreisegänger mit Koffern oder Lastenfahrräder geeignet seien. Auch ein weiterer Aufzug sei für ein Stoßzeiten-Geschäft eher ungeeignet. Abgesehen davon, kenne man die Problematik mit den Aufzügen, dass diese oft ausfallen. Der dritte Vorschlag, die Rolltreppe, gestalte sich ebenfalls schwierig für Fahrradfahrer, Rollstuhlfahrer und Behinderte, sodass für Stadtrat Grob nur noch eine sogenannte „Fahrsteige“ in Frage komme. So ein Rollband würde über zwei verschiedene Richtungen laufen können und wäre breit genug, um für einen Kinderwagen, Rollstuhl oder ein Lastenfahrrad Platz zu bieten. Weiter betont Stadtrat Grob, dass der Personenverkehr zwischen Ringsee und dem Hauptbahnhof mit Sicherheit zunehmen werde. Dies liege zum einem daran, dass die Attraktivität des Bahnverkehrs zunehme und zum anderen, dass mehrere bauliche Maßnahmen wie z.B. das Schulhaus, die Mittel- und Wirtschaftsschule geplant seien, welche die Frequenz des Tunnels noch weiter erhöhen.

Anlässlich dieser Gründe bittet Stadtrat Grob um Unterstützung, sich für eine Verbindung der beiden Stadtteile Ringsee und Hauptbahnhof sowie barrierefreien Zugängen zu den Zügen, einzusetzen. All das könnte so ein Rollband gewährleisten, unterstreicht er. Auch wenn es vielleicht die teuerste Variante darstelle, sei es in seinen Augen gleichzeitig die einzig wirksame Option.

Frau Wittmann-Brand weist darauf hin, dass das Thema Fahrsteige von der Bahn selbst abgelehnt worden sei, weil dadurch die Feuerwehrezufahrt, die sich zwischen dem Parkhaus und dem Bahnhof befindet, mit der Rollsteige verbaut werden würde. Des Weiteren sei von der Bahn eine Umverlegung des geplanten Schalthauses notwendig. Insofern habe die

Stadtverwaltung dem Stadtrat bereits die Lösungen zur Abstimmung vorgelegt, die mit der Bahn realistisch erscheinen. Es nütze nichts, Vorschläge zu machen, die von der Bahn kategorisch abgelehnt werden, betont Stadtbaurätin Wittmann-Brand.

Auf Nachfrage von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll, bestätigt Frau Wittmann-Brand, dass die Bahn eine Fahrsteige als Grundstückseigentümer ablehne.

Stadtrat Witty vertritt die Meinung, dass es eigentlich Aufgabe der Deutschen Bahn wäre, dass der Hauptbahnhof Ingolstadt barrierefrei ist. Zudem sei es sehr bedauerlich, dass es immer wieder zu den Ausfällen des Aufzugs komme und die Stadt Ingolstadt proaktiv auf die Bahn zugehen müsse, dass eventuell ein zweiter Aufzug geschafft werde. Stadtrat Witty möchte in Erfahrung bringen, ob die von Stadtrat Grob vorgeschlagene Fahrsteige im Vergleich zum Aufzug überhaupt barrierefrei wäre. Weiter möchte er wissen, ob bei einem zweiten Aufzug oder dieser Fahrsteige der Unterhalt gewährleistet wäre. Die SPD-Stadtratsfraktion wolle auf keinem Fall zwei Aufzüge, die immer wieder defekt seien. Es müsse gewährleistet sein, dass diese Aufzüge oder diese Fahrtreppe schnellst möglichst wieder hergerichtet werden. Ansonsten stehe man wieder vor dem gleichen Problem. Was die Verbindung zwischen Süd-Ost und der Münchener Straße anbelange, informiert Stadtrat Witty, dass es eine barrierefreie Verbindung über die Windbergstraße am Konkordiaweiher gebe. Wenn man mit dem Fahrrad von West nach Ost fährt, stehe man irgendwann mitten auf der Straße. An Herrn Hoffmann gewandt, bittet Stadtrat Witty deshalb darum, sich hier den Fahrradverkehr nochmal anzuschauen, um dort zu einer besseren Lösung zu kommen, auch wenn es weiter nördlich vom Hauptbahnhof sei. An einen zweiten Tunnel glaubt Stadtrat Witty nicht, da die Bahn aus verkehrsrechtlichen Gründen nicht mitmachen würde. Außerdem würde ein zweiter Tunnel erst nach den ganzen Schulsanierungen zur Diskussion stehen.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll pflichtet bei, dass sie als „Südostlerin“ weiß, dass das Thema bereits immer wieder im Bezirksausschuss gewesen sei.

Das Thema Konkordiaweiher und Windbergstraße stehen aktuell im Hochbauamt zur Diskussion und sollen in sehr absehbarer Zeit als Projektvorlage kommen. Dabei soll der Fahrradverkehr entsprechend berücksichtigt werden, antwortet Herr Hoffmann.

Anhand der Powerpoint-Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, geht Frau Wittmann-Brand nochmal auf die Verbindung zwischen dem Parkhaus und dem bestehenden Hauptbahnhof-Gebäude ein und erklärt, dass ein Neubau einer solchen Fahrsteige bis zum Parkhaus gehen und den Bereich der Zufahrt versperren würde. Um herauszufinden, auf welcher Basis man mit der Bahn verhandeln könne, benötige man vom Stadtrat einen positiven Beschluss. Dieser sei für die Stadtverwaltung lediglich der Einstieg in die Verhandlungen mit der Bahn. Gemeinsam müsse vertraglich geregelt werden, wer auf dem Bahngrundstück baue, und wer für die Investitions- und Unterhaltskosten später zuständig sei. Aus Sicht der Bahn sei der Bahnhof Ingolstadt barrierefrei, da man mit den Aufzügen vom Hausbahnsteig zu allen anderen Bahnsteigen gelange. Insofern sehe die Bahn keinen Handlungsbedarf. Frau Wittmann-Brand bittet die Mitglieder des Stadtrates um Verständnis, im Moment noch keine weitere Aussage machen zu können. Weiter vertritt Sie die Meinung, dass der Bau einer Rinne in der Treppenanlage relativ zügig machbar und auch von den Kosten her überschaubar sei. Der Bau eines zweiten Aufzuges sei eine

bauliche Anlage und würde zum Teil auch Sperrungen des Hausbahnsteigs zur Folge haben. Vorausgehend würde dies einer entsprechenden Planung unterliegen.

Es sei Fakt, dass am Bahnhof keine Barrierefreiheit herrsche, wenn der einzig vorhandene Aufzug immer wieder defekt sei, stellt Oberbürgermeister Dr. Scharpf klar. Auch in seinen Augen sei die vorgeschlagene Fahrsteige das wohl Erfolgversprechendste, wenn es um barrierefreie Erschließung gehe. Deshalb plädiere er dafür, trotz der Auffassung der Bahn, alle Optionen nochmal zu prüfen.

Stadtrat Stachel setzt sich für eine pragmatische Vorgehensweise ein. Seiner Ansicht nach komme für eine schnelle Lösung nur eine Schieberinne an den Treppen in Frage. Nach Möglichkeit sollten es zwei Schieberinnen sein, da es keinen Sinn mache, wenn man das Fahrrad nur runter oder rauf schieben kann. Man brauche diese links und rechts in beide Richtungen. Alle weiteren Optionen sollten ergebnisoffen in die Diskussion mit der Bahn gehen können. Dass die Stadt Ingolstadt auf einem fremden Grundstück einen eigenen Aufzug betreibe halte er für falsch. Dennoch sollte man der Bahn ein unterstützendes Signal senden. Stadtrat Stachel könne sich dies in Form eines Baukostenzuschusses vorstellen.

Stadtrat Köstler pflichtet Stadtrat Stachel bei. Das ganze Thema sollte ergebnisoffen seitens der Stadt Ingolstadt weiterverfolgt werden. Heute festzulegen, welche Variante man nicht weiterverfolge, mache keinen Sinn. Für Stadtrat Köstler sei es wichtig, bei der Lösungssuche das Thema 5. Rathaus mit zu berücksichtigen. Nicht dass man sich beim Neubau später selbst im Wege stehe, weist er darauf hin.

Stadtrat Wöhrle erkundigt sich bei Frau Wittmann-Brand, ob die Fahrsteige auf der anderen Seite auch schon geprüft worden sei. Das Schalthaus stehe bis jetzt noch nicht, weist er darauf hin.

Auf die Nachfrage von Stadtrat Wöhrle, ob die Fahrsteige auf der anderen Seite auch schon geprüft worden sei, antwortet Frau Wittmann-Brand, dass man sich diese auch schon angeschaut habe. Die Stadtverwaltung sei hier der Meinung gewesen, dass die Kosten für eine Rollsteige relativ hoch sei. Den Wunsch des Stadtrates, noch mehr offener zu prüfen, werde man nun nachkommen. Weiter verweist Frau Wittmann-Brand darauf, dass die Machbarkeitsstudie bisher vom Stadtplanungsamt übernommen worden sei. Um einen konkreten Einstieg mit der Bahn machen zu können, schlägt sie vor, diese nun der Bauabteilung übergeben. Dabei denkt sie an die IFG, welche sich ohnehin schon den Tunnel angenommen hat.

Voraussetzung für die Lösung sei, dass diese technisch umsetzbar sei, pflichtet Oberbürgermeister Dr. Scharpf Stadtbaurätin Wittmann-Brand bei. Weiter sei er der Auffassung, dass die Fahrinne bzw. zwei Fahrinnen, der Aufzug und die Fahrtreppe in den Gesprächen mit der Bahn offen diskutiert werden sollten.

Frau Wittmann-Brand regt an, falls sich Änderungen am Gesamtgebäude des Bahnhofs ergeben, diese in die Planungen miteinzubeziehen. Eventuell würde es dann auch nochmal

zu planerischen Änderungen im Untergeschoss kommen. In gewisser Weise würde man dann den Tunnel vielleicht doch noch verlängern können, schlägt sie vor.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll greift den Vorschlag von Stadtrat Stachel auf und regt an, die Fahrinne für 40.000 Euro sofort in Angriff zu nehmen, noch bevor alle technischen Unwägbarkeiten geprüft werden.

Stadtrat Höbusch begrüßt den Vorschlag von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll. Diese Position vertrete auch die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen. Aktuell sehe er keine Möglichkeit für die Fahrsteige, deshalb sollte man so schnell wie möglich Fahrradrinnen anbringen. Trotzdem sollte man natürlich im Dialog mit dem Eigentümer der Bahn bleiben und prüfen, in wie weit man mit der Flexibilität noch Luft nach oben habe. Aus der subjektiven Wahrnehmung von Stadtrat Höbusch halten sich die kritischen Situationen in überschaubaren Maßen. In solchen Situationen gäbe es dann auch noch Reisende, die anderen Menschen behilflich seien.

Das Ergebnis der heutigen Diskussion sei somit, alle drei Optionen mit der Bahn auszuloten und so schnell wie möglich eine Fahrradrinne zu schaffen, da diese die einfachste und kostengünstigste Lösung sei, fasst Oberbürgermeister Dr. Scharpf zusammen. Trotzdem sei diese noch nicht hinreichend, führt er aus.

Mit allen Stimmen:

1. Die Machbarkeitsstudie zur erweiterten Barrierefreiheit im Hauptbahnhof Ingolstadt vom November 2022 wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt die Varianten Fahrradschieberinne an Bahnsteig A, die Variante des zusätzlichen Aufzugs **und die Variante der Fahrsteige** mit der DB AG abzustimmen sowie die Umsetzung und die Kostentragung zu klären.